

Die sieben politischen Sünden

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum**

Band (Jahr): **13 (2003)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

gemeinsamen Lösungssuche und des mehrheitsfähigen und trotzdem problem-lösenden Kompromisses zu untergraben droht. Es verbreitet sich das Gefühl – übrigens nicht zum ersten Mal in unserer Geschichte –, so könne es nicht weitergehen. Die Frage stellt sich, ob dieses Gefühl eher Ausdruck eines effektiven Handlungsbedarfs oder eher Ausdruck des Überdrusses einer verwöhnten Wohlstandsgesellschaft ist. Die Antwort liegt wohl irgendwo in der Mitte!

4. Die sieben politischen Sünden

Zunächst möchte ich sieben politische Sünden skizzieren, welche die Lösung der wichtigen Probleme des Landes erheblich erschweren.

4.1. *Die verstärkte Kontaminierung des Konkordanzsystems mit Elementen des Konkurrenzsystems*

Die wesentlichen Entscheide trifft bei uns das Volk. Das bedeutet, dass Bundesrat und Parlament Lösungen vorbereiten müssen, die mehrheitsfähig sind. Der genialste Lösungsansatz taugt nichts, wenn er im Volk keine Mehrheit findet. In einem solchen System können politische Kräfte, die im Parlament über ein grosses Oppositionspotential verfügen und die gleichzeitig referendums-mächtig sind, die Politik faktisch blockieren. Deshalb band man solche Kräfte im Laufe der Geschichte stets in die Regierungsverantwortung ein. Daraus entstand die Zauberformel. Sie hat mit Zauber nichts zu tun, sondern sie ist eine logische und zwangsläufige Folge der Volksrechte. In diesem System hat der Bundesrat die zentrale Funktion der Mehrheitsfindung. Er braucht zur Erfüllung dieser Funktion die mehr oder weniger ausgeprägte Unterstützung der Regierungsparteien. Diese wiederum behalten sich vor, von Fall zu Fall aus der Regierungssolidarität auszubrechen. Das System funktioniert so lange zufriedenstellend, als alle Regierungsparteien ein Minimum an Regierungssolidarität praktizieren.

Die Konkurrenzsysteme unserer Nachbarn funktionieren anders. Regierungsfaktionen in Parlament und Regierung bilden eine Schicksalsgemeinschaft mit bedingungsloser gegenseitiger Unterstützung. Diese Gemeinschaft trägt umfassende Verantwortung. Die Opposition will an die Macht kommen und bekämpft die Regierungspolitik mit aller Konsequenz. Eine umfassende Mitbestimmung des Volkes ist mit diesem System nicht vereinbar. Sobald das Volk bestimmt, sind konkordanzähnliche Mechanismen unabdingbar.

Das Konkurrenzsystem ist für Politik und Medien attraktiver als die Konkordanz. Es beruht auf Polarität, und Pole sind einfach und griffig darstellbar. Am Fernsehen können wir dieses Wechselspiel Regierung und Opposition bei unseren Nachbarn täglich miterleben.

Bei uns nun beginnen Politikerinnen und Politiker sowie Medien, unser System so zu betreiben und zu bewerten, als ob es ein Konkurrenzsystem wäre. Das macht in mehrfacher Hinsicht mehr Spass. Die Medien exemplifizieren Politik im Sinne des falschen Modells: Hier die Opposition, etwa die SVP, dort die verschwommene Regierungskoalition. Die konsequente oder Fall zu Fall Opposition ohne Verantwortung hat mehr publizistische Resonanz als die mühsame Suche nach mehrheitsfähigen Kompromissen und als die Übernahme konkreter politischer Verantwortung für konkrete Lösungen. Deshalb wird die Übernahme konkreter, politischer Verantwortung unattraktiv und wird Opposition attraktiv, auch für Mitglieder von Regierungsparteien.

Nachdem zwei Regierungsparteien mit dieser Politik Wahlerfolge feiern, wird Regierungstreue zunehmend zum Schimpfwort und offenbar auch zum Nachteil bei Wahlen. Sollten alle Regierungsparteien dieser Versuchung erliegen oder sollten die noch einigermaßen regierungstreuen Parteien zwischen den quasioppositionellen Polen zermalmt werden, ist die Schweiz blockiert. Entweder müssten in diesem Fall die Akteure zurückfinden zur kollektiven Übernahme von Verantwortung in der Konkordanz. Das bedeutet wieder mühsame Kompromissuche und Respektierung der Partner in der Konkordanz. Oder wir müssten den Weg Richtung Konkurrenzsystem unter drastischer Reduktion der Volksrechte gehen. Dann würden wir allerdings einen entscheidend wichtigen Pfeiler unserer nationalen Identität und unseres politischen Erfolges aufgeben. Eine taugliche Mittellösung, welche die Reformfähigkeit der Schweiz bewahrt, gibt es nicht.

Wie man aber gleichzeitig das Hohelied der Volksrechte singen, eine klare Strategie der Konkurrenzdemokratie unter Diffamierung der Konkordanzpartner fahren und zugleich sich als einzige Hüterin schweizerischer Werte anpreisen kann, ist für mich nicht nachvollziehbar.

4.2. *Die Erosion der Verantwortung*

Eine Wirtschaft braucht Freiheit, wenn sie kreativ, leistungs- und international konkurrenzfähig sein soll. Auch eine Gesellschaft braucht Freiheit, wenn das

Leben lebenswert sein soll. Freiheit aber ermöglicht immer auch den Missbrauch. Deshalb darf nicht alles getan werden, was nicht verboten ist. Freiheit muss mit Verantwortung genutzt werden. Das ist der Preis der Freiheit.

Das Bewusstsein für diese Verantwortung hat abgenommen. Manager haben sich selber bedient, Revisionsgesellschaften dubiose Bilanzen genehmigt, Politiker egoistische Partikularinteressen ohne Rücksicht aufs Gemeinwohl vertreten, Medien zur Steigerung ihrer Auflage virtuelle Realitäten konstruiert. Es ist, als ob in den Zeiten der new-economy-Blase vielen Verantwortungsträgern das Mass und der Sinn für das moralisch Vertretbare abhanden gekommen wäre.

Das ist an sich eine weltweite Erscheinung. Die Schweiz indessen mit ihrer Kultur der Einbindung aller relevanten Kräfte in die gesellschaftliche und politische Verantwortung reagiert auf solche Abirrungen besonders sensibel. Deshalb ist die gegenwärtige Vertrauenskrise ernst zu nehmen.

Ich weiss, dass der weitaus grösste Teil der Unternehmer und Manager gute und verantwortungsvolle Arbeit leistet. Sonst ginge es uns nicht so gut. Noch nie aber haben so wenige das Vertrauen so vieler in alle zerstört.

4.3. *Verlust des ganzheitlichen und langfristigen Denkens*

Viele Verbände, Interessengruppen und demokratisch nicht legitimierte NGO's verabsolutieren ihre Anliegen, setzen sie dem Gemeinwohl gleich und verteidigen sie ohne Rücksicht auf Gesamtzusammenhänge. Das ist nicht neu. Neu ist, dass sie zur Vertretung ihrer Partikularinteressen die modernsten, effizientesten und professionellsten Methoden der Kommunikation einsetzen. Die Quartalsbilanz und der morgige Börsenkurs sind das einzige Anliegen vieler Manager, nicht das langfristige Gedeihen des Unternehmens. Viele Politiker denken in Kategorien bestenfalls der nächsten Wahlen und nicht der nächsten Generation. Viele Medien suchen die Schlagzeile von morgen und nicht die längerfristige Wahrheit. Das alles führt dazu, dass Unternehmen nicht nach den Kriterien nachhaltigen Erfolgs geführt werden und dass sich die Politik lieber hektisch auf das gerade von den Medien Skandalisierte stürzt, statt die unbequemen langfristigen Probleme anzupacken.

4.4. *Die Tendenz zur Bekämpfung statt zur Lösung der Probleme*

Der Mensch ist so beschaffen, dass er es oft nicht wahrhaben will, wenn ein unangenehmes Problem auftaucht. Wir haben diese Eigenschaft als Nation perfektioniert. Der Ablauf ist immer der gleiche: Jemand benennt ein unangenehmes Problem und schlägt – weil es meist nicht anders geht – eine unangenehme Lösung vor. Dann kommt der Aufschrei. Die Lösung wird aus partikularegoistischer Sicht in der Luft zerfetzt. Der Autor des Lösungsvorschlags wird zum Bösewicht erklärt. Der Überbringer der schlechten Nachricht wird geköpft.

Ein Beispiel ist der Mindestzins bei der zweiten Säule. Obwohl zwingend und logisch ist, dass das System der zweiten Säule kollabieren muss, wenn der gesetzliche Mindestzins für längere Zeit am Markt nicht erwirtschaftet werden kann, wurden jene des Rentenklus bezichtigt, welche diese Wahrheit äusserten. Vom Problem sprach niemand. Ähnlich ergeht es jenen, die auf die Dimension des Demografieproblems bei der ersten Säule hinweisen. Beispiele finden sich in vielen Bereichen, bei den Bundesfinanzen so gut wie bei der ökologischen Bedrohung.

Leider hat das Konsequenzen. Wer die Probleme benennt und sich um Lösungen bemüht, wird nicht belohnt. Er wird wegen allfälliger Unvollkommenheiten der Lösungsansätze kritisiert. Das Kritisieren lohnt sich: Die Empörung der Kritikaster macht Schlagzeilen, sie vertreten sozusagen die Weltgerechtigkeit. Es wird unattraktiv, konkrete Verantwortung zu übernehmen, etwa in der Exekutive. Es wird attraktiv, es beim professionell gepflegten Kritiküben bewenden zu lassen. Nicht zuletzt deshalb finden sich immer weniger wirklich fähige Leute für politische Exekutivämter.

4.5. *Besitzstanddenken und Reformfeindlichkeit*

Eigentlich ist es nicht einmal ganz unverständlich: Viele Menschen sind ob des rasanten Wandels und der vielen Ungewissheiten verunsichert oder überfordert. Sie wollen um jeden Preis ihre Besitzstände erhalten und erkennen nicht, dass sie diese vielleicht gerade dadurch gefährden. Sie werden risikoscheu und bekämpfen auch notwendige Veränderungen. Unausweichliche Anpassungen wie die Strommarktliberalisierung oder die Reform der Post werden

heftig bekämpft. In einer Zeit, da Anpassungsfähigkeit überlebenswichtig wird, ist Reformfeindlichkeit tödlich. Wir müssen dagegen ankämpfen.

4.6. *Die Machbarkeitsillusion*

Unsere Anspruchsgesellschaft hat Mühe, sich damit abzufinden, dass auch beim besten Willen der Verantwortlichen nicht alles machbar ist. Wo eine Schwierigkeit auftaucht, ist jemand schuld. Wo ein Problem auftaucht, wird zunächst nach jemandem gerufen, der es lösen soll, noch bevor man sich selber darüber Gedanken macht, was man selber zur Lösung beitragen könnte. Dieser Jemand ist vorzugsweise der Staat. Bei jedem Problem wird ein Gesetz, eine Vorschrift, ein Eingriff, eine Subvention gefordert, ultimativ meist, und es wird anklagend verkündet, dass das Problem spielend gelöst werden könnte, wenn die da oben nur wollten.

Dabei hat sich die staatliche Machbarkeit längst als Illusion erwiesen. Eine Gesellschaft, die nur noch auf den Staat setzt, verliert an Sinn für Selbstverantwortung, an Widerstandskraft, an Überlebenskraft. Der Staat umgekehrt wird überfordert. Er verreglementiert Wirtschaft und Gesellschaft, verengt damit ihre Handlungsspielräume, er entzieht dem Volk und der Wirtschaft Mittel zur Finanzierung seiner Hypertrophien, der Standort verliert an Konkurrenzfähigkeit. Gleichzeitig verliert der Staat an Glaubwürdigkeit, weil seiner Bürokratie die Lösung der Probleme trotzdem nicht gelingt. Würde alles realisiert, was momentan vom Staat in der Politik alles gefordert wird, wäre mir um unsere Zukunft bang.

Gesellschaft und Wirtschaft müssen wieder lernen, Probleme zuerst selber anzupacken. Daneben aber brauchen wir natürlich einen starken, gesunden und glaubwürdigen Staat, der aber vom Volk kontrolliert und begrenzt wird und sich auf Wesentliches beschränkt. Und wir dürfen nie vergessen, dass dieser Staat unser aller Staat ist.

4.7. *Die scheinheilige Moralisierung der Politik*

Es ist Mode geworden, zuerst scheinheilig eine überlegene moralische Position zu definieren und nachher das politische Handeln anderer daran zu messen, um es schliesslich zu skandalisieren. Wer aus Sorge um die nachhaltige Finanzierbarkeit eines Sozialwerkes beispielsweise die Rentenhöhe kritisch hinterfragt, ist asozial, ist gegen Rentner oder Behinderte, und er gehört politisch liquidiert. Wird per Indiskretion in einem laufenden Vorbereitungsprozess

etwa eines Bundesratsgeschäfts ein möglicher, aber noch keineswegs beschlossener Teillösungsansatz als «Geheimplan» disqualifiziert, äussern zahllose Politiker ohne Kenntnis der Zusammenhänge vom hohen Sockel ihrer höheren Moral herab ihre spontanen Verurteilungen. Es zahlt sich in den Medien aus, so unbedarft es auch sein mag. Moralisieren bedeutet die Aufteilung in Gute, zu denen man gehört, und Schlechte, die an den Pranger müssen. Dieses scheinheilige Moralisieren, das nichts mit meiner Forderung nach ethischem und verantwortungsvollem Handeln zu tun hat, vergiftet die Politik. Die Moralapostel sind selten die wirklichen Verantwortungsträger. Diese stehen meist im Bannstrahl der Moralisierer. Auch dieser Effekt macht die Übernahme von Verantwortung nicht attraktiver.

4.8. *Fazit*

Mit vielen negativen Erscheinungen des Zeitgeistes wird man leben müssen. Man kann es auch, wenn man die nötigen Nerven hat.

Wirklich Sorgen bereiten mir indessen die schleichende Aushöhlung der Konkordanz, die Erosion der Verantwortung, der Verlust des ganzheitlichen Denkens, die Reformfeindlichkeit und die Machbarkeitsillusion. Sie sind ernste Hindernisse für die Gestaltung unserer Zukunft.

5. **Die vier grossen Probleme des Landes**

Die Schweiz hat natürlich viele Probleme, die der Lösung harren. Aber längst nicht alle sind wirklich vital. Natürlich sind etwa öffentlicher Verkehr, Fluglärm, Gleichstellung, Asylwesen, innere Sicherheit oder Konsumentenschutz wichtige Probleme. Aber es sind Probleme, die jedes Land zu lösen hat, und der Perfektionsgrad der Lösung ist nicht schicksalhaft für die Zukunft des Landes. Es gibt aber einige Probleme, deren Lösung über Wohlstand oder Armut, Erste Liga oder «ferner liefern», Erfolg oder Misserfolg eines Landes entscheiden. Man wird wohl auch darüber streiten können, welche Probleme das sind. Für mich sind es vier:

- die Erhaltung der überdurchschnittlichen Standortqualität,
- die Bewältigung des Demografieproblems,
- der nationale Zusammenhalt und
- die Stellung der Schweiz in der Welt.